

Die Kriegshilfe der Stadt Berlin.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Auf der Tagesordnung der gestrigen öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung stand der Bericht des Stadtv. Liebenow (N. L.) über die Vorlage betr. die Gewährung eines Zuschusses bis zum Höchstbetrage von monatlich 12 000 M. zur Speisung Bedürftiger an das Rote Kreuz. Auf Vorschlag des Ausschusses wurde die Magistratsvorlage mit folgendem Zusatz angenommen: Die Versammlung ersucht den Magistrat, dafür zu sorgen, daß 1) die Kontrolle der Teilnehmer in sicherer Weise gehandhabt und 2) der Nährwert der Speisen in ausreichendem Maße gewährleistet wird.

Ramens des Ausschusses berichtet sodann Stadtv. Modler (N. L.) über die Vorlage betr. die Bewilligung von Mitteln zur Anschaffung von

Liebesgaben für die Berliner Truppen.

Redner erwähnt, daß nach der Magistratsvorlage 100 000 M. als Liebesgaben für diejenigen Truppen, die in Berlin garnisonieren und 25 000 M. für den „Nationalen Frauendienst“ verlangt werden. Zu den erwähnten 100 000 M. treten noch 100 000 Mark von der Landesversicherungsanstalt und 60 000 M. von dem Komitee „Gedenket der Garde!“ hinzu, so daß 260 000 M. für 55—60 000 Mann zur Verfügung stehen. Der auf den einzelnen Mann entfallende Betrag ist also nicht sehr erheblich. Da die von dem „Nationalen Frauendienst“ geplante Aktion sich ebenfalls auf etwa 50 000 Personen erstreckt, so ist der Ausschuß zu der Ansicht gelangt, daß 25 000 M. bei weitem nicht ausreichen. Der Ausschuß empfiehlt daher, diesen Zuschuß auf 50 000 M. zu erhöhen und im übrigen die 100 000 M. für die Berliner Truppen zu bewilligen. — Die Versammlung stimmt diesem Antrage zu.

Es folgt die Vorlage betr. die Gewährung von

Mietbeihilfen an die Familien von Feldzugsteilnehmern.

Die in dieser Vorlage enthaltenen Sätze gehen zum Teil erheblich über die in der ersten Vorlage eingeschlagenen hinaus. Die für diese Beihilfen erforderlichen Mittel schätzt der Magistrat auf monatlich eine halbe Million Mark.

Oberbürgermeister Bermuth, der als erster zu der Vorlage das Wort nahm, führte aus: Der Magistrat ist sich der Aufgabe bewußt, die er Ihnen bei der jüngsten Beratung über die Mietfrage gegeben hat. Mit dem heutigen Tage sind die Miet-Einigungsämter eingerichtet. Heute und durch die gegenwärtige Vorlage kommen wir ferner dem Versprechen nach, die Unterstützung für die Kriegerfamilien wesentlich zu erhöhen und auf bisher nicht berücksichtigte Unterstützungsklassen auszudehnen. Da die Miet-Unterstützungen fortan sämtlich aus der Stadthauptkasse bezahlt werden sollen, so erwächst dieser eine Mehrausgabe von monatlich 647 817 Mark nach dem Stande vom 1. Oktober. Bei dem jetzigen Stande von etwa 70 000 oder mehr Kriegsteilnehmerfamilien werden sich die Zahlen noch entsprechend erhöhen. Nun wird man aber sagen dürfen, daß die unsern Familienunterstützungen anhaftende Ungleichmäßigkeit durch Abtrennung der Mietbeihilfe völlig beseitigt ist. Wir haben es auch an nichts fehlen lassen, um unsern Versprechen gemäß die Miet-Unterstützung über den Kreis der Kriegsteilnehmerfamilien hinaus auszudehnen. Nach Verhandlungen mit der Landesversicherungsanstalt werden wir Ihnen in kürzester Frist eine neue Vorlage bringen. Das ganze Vorhaben war von bedeutenden Schwierigkeiten begleitet, denn es setzt voraus, daß die Grenze gefunden wird, um eine Ausdehnung der Miet-Unterstützungen ins Ungemessene zu verhüten. Es muß bei der unmitteldbaren und dringenden Not des einzelnen sich in ganz besonderem Maße hilfreich zu erweisen hat, daß sie aber, solange der Krieg dauert, einen Vermögensausgleich unter den verschiedenen Erwerbsschichten und Steuerzahlern vorzunehmen weder befähigt, noch bejagt ist. (Sehr richtig!) Man kann vielleicht beklagen, daß in dieser großen Zeit, wo alles sich nach außen gegen den Feind sammelt, Anklänge an

bedauerliche Interessengegenätze

laut geworden sind. Möglicherweise haben auch sie Gutes gestiftet, aber jetzt werden sie hoffentlich verstummen. Die Stadt Berlin hat den festen Willen, auf diesem Wege ihren Bürgern voranzugehen. (Beifall.)

Stadtv. Dr. Knauer (N. L.) bemängelt an der Vorlage, daß immer noch der Hauswirt einen bestimmten Prozentsatz der Miete nachlassen muß. Das erstrebenswertere Ziel, die Familien der Kriegsteilnehmer von der Last der Mietschuldenreste zu befreien, werde durch die Vorlage nicht erreicht. Die Unterstützungssätze seien nicht ausreichend, eine Frau mit drei Kindern erhalte nur 7.50 M. Mietbeihilfe. Um die vorhandene Notlage zu beseitigen, müsse der Staat mitwirken. Redner wünscht, daß bald eine neue Vorlage kommen möge, die diejenige Hilfe bringe, die weite Kreise erwarten, ferner eine Vorlage, die die Gewährung von Mietbeihilfen auch an Arbeitslose ermögllicht.

Stadtv. Cassel (N. L.): Wenn der Magistrat nach manchen Bedenken sich entschlossen hat, in so bedeutender Weise unseren Wünschen entgegenzukommen und viele Millionen zur Verfügung zu stellen, so muß man doch lebhaft bedauern, daß solche Kritik hier laut werden konnte. (Sehr richtig!) Die Unterstützung ist, wenn wir die von Staat und Gemeinde gezahlten Beträge hinzurechnen, wirklich ausreichend. Dazu kommt auch noch ferner, daß Wohlfahrtsvereinigungen aller Art sich bemühen, den Frauen der im Felde befindlichen Kriegsteilnehmer das Leben zu erleichtern.

Stadtv. Leid (Soa.) erklärt, daß seine Freunde trotz vielfacher Bedenken gegen die Ausführung der Einzelbestimmungen im allgemeinen der Vorlage zustimmen, da sie doch erhebliche Verbesserungen des jetzigen Zustandes schaffe.

Stadtv. Mommsen (Fr. Fr.): Am Geoenstag zu den Stadtverordneten Dr. Knauer und Ideen halte ich die Vorlage für völlig ausreichend. Es ist bedauerlich, daß in dieser schweren Zeit es den Herren nicht gelungen ist, auf einen Standpunkt zu kommen, der die goldene Mitte zieht und die Interessen des einzelnen

zurückgeblieben gegenüber den Interessierten der Gesamtbevölkerung (Beifall).
Bemerkungen der Stadtverordneten Dr. Knauer, Cassel, Liebenow und Mommsen über die Vorlage mit lebhaftem Interesse angenommen.
Schluß der Sitzung 7 1/2 Uhr. Es folgt eine geheime Sitzung.